



95. Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister

5./6. Juni 2024 in Hannover

Tagesordnung

(Stand: 31. Mai 2024)

I.

1. 75. Jubiläum des Grundgesetzes
Berichterstattung: Niedersachsen
2. Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Wehrhafter Rechtsstaat – Wie lassen sich die freiheitliche demokratische Grundordnung und ihre Institutionen gegen Verfassungsfeinde verteidigen?“
Berichterstattung: Hamburg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen
3. Rechtsstaatskampagne von Bund und Ländern zur Förderung der Nachwuchsgewinnung in der Justiz – ein starker und wehrhafter Rechtsstaat braucht eine leistungsfähige Justiz
Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz
4. Zukunft der volljuristischen Ausbildung
Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen, Berlin



5. Transparente Darstellung der Zustimmungsbefähigung von Gesetzen in Gesetzesvorlagen
Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen, Sachsen
6. Reform des Asylprozessrechts
Berichterstattung: Baden-Württemberg, Niedersachsen
7. – zurückgenommen –
8. Reform der VwGO: Verwaltungsgerichte entlasten, Asylverfahren beschleunigen
Berichterstattung: Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen
9. Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Höchststrichterliche Klärung grundsätzlicher Rechtsfragen beschleunigen – Einführung eines Vorabentscheidungsverfahrens bei dem Bundesgerichtshof und weitere Maßnahmen“
Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen
10. Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Massenverfahren im arbeitsgerichtlichen Verfahren effizienter gestalten und Rechtsschutzdefizite beseitigen“
Berichterstattung: Hamburg, Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein
11. Spezialisierung der Zivilgerichte fördern – Verbesserung der Überprüfbarkeit der Zuständigkeitsentscheidungen von Spezialspruchkörpern
Berichterstattung: Berlin
12. Schaffung einer gesetzlichen Klarstellung für den Einsatz von Videokonferenztechnik bei einer Geheimhaltungsanordnung
Berichterstattung: Berlin



13. Forschung für KI-Anwendungen in der Justiz erleichtern
Berichterstattung: Bayern
14. Rechtssicherheit bei Deepfakes schaffen und Rechtsschutz verbessern
Berichterstattung: Hamburg
15. Kodifizierung des Unternehmenskaufs
Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen, Berlin, Hessen, Niedersachsen
16. Verbraucherrechte stärken – Bestätigungslösung für telefonisch sowie außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge einführen
Berichterstattung: Sachsen
17. Reform des Bauträgervertragsrechts
Berichterstattung: Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen
18. Abschaffung der „Schlüsselgewalt“ gemäß § 1357 BGB – Kein aufgedrängter Gläubigerschutz zulasten verheirateter Paare
Berichterstattung: Hamburg
19. Honorierung häuslicher Pflegeleistungen im Erbrecht
Berichterstattung: Bayern
20. Sicherstellung des Selbstbestimmungsrechts von Menschen, für die eine Betreuung angeordnet ist
Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen



21. Vereinfachung der Schlussabwicklung bei Beendigung der Betreuung –
Entlastung der Gerichte sowie der Betreuerinnen und Betreuer
Berichterstattung: Rheinland-Pfalz

22. Gebärdendolmetscherleistungen für Kontakte im Betreuungsrechtsverhältnis als
Soziale Teilhabe gewährleisten
Berichterstattung: Baden-Württemberg, Bayern

23. Vereinfachung des Registrierungsverfahrens für Vereinsbetreuerinnen und
Vereinsbetreuer
Berichterstattung: Niedersachsen

24. Vorauswahl von Insolvenzverwalterinnen und Insolvenzverwaltern: Beteiligung
der Insolvenzgerichte und Sicherung der Datenverfügbarkeit für die Justiz als
wesentliche Elemente eines Vorauswahlsystems
Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen

25. Verhinderung unredlicher Vorgehensweisen von Insolvenzschuldnerinnen und
Insolvenzschuldnern durch Anpassung der Vorschriften über die
Restschuldbefreiung (§§ 286 ff. Insolvenzordnung)
Berichterstattung: Niedersachsen

26. Rehabilitierung der Betroffenen des “Zwangsdopings” in der ehemaligen DDR
Berichterstattung: Mecklenburg-Vorpommern

27. PEBB§Y-Vollerhebung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den
Staatsanwaltschaften im Jahr 2027
Berichterstattung: Baden-Württemberg



28. Umsetzung der die Justiz ab dem 01.01.2025 treffenden Verpflichtungen aus der Verordnung zur Änderung der Mitteilungsverordnung vom 18.11.2020 (BGBl.2020, 2449)

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen

29. Evaluation der Auswirkungen der Fortbildungspflicht für Familienrichterinnen und Familienrichter

Berichterstattung: Mecklenburg-Vorpommern

30. Sensibilisierung für einen gleichmäßigen Zustrom von asylrechtlichen Verwaltungsgerichtsverfahren

Berichterstattung: Sachsen-Anhalt

II.

1. Demokratie schützen – demokratiefeindliche Beweggründe im Strafrecht stärker gewichten

Berichterstattung: Niedersachsen

2. Strafraumen gerechter gestalten: Strafgesetzbuch und Nebenstrafrecht harmonisieren

Berichterstattung: Niedersachsen

3. Tötung aus Motiven, die „geschlechtsspezifisch oder gegen die sexuelle Orientierung gerichtet“ sind

Berichterstattung: Mecklenburg-Vorpommern

4. Beleidigungsunrecht im digitalen Zeitalter: Angemessene Ahndung von sexualbezogenen Beleidigungen und Hate Storms ermöglichen

Berichterstattung: Hamburg



5. Strafrechtlicher Schutz vor (Cyber-)Mobbing und fortgesetzter Belästigung
Berichterstattung: Bayern
6. Verbesserung des Schutzes von Spitzensportlerinnen und –sportlern vor Hate Speech im Netz
Berichterstattung: Hessen
7. Bekämpfung der Gefahren von sogenannten „Maskengames“ und ähnlicher Phänomene
Berichterstattung: Niedersachsen
8. Cybertrading – Errichtung einer phänomenbezogenen Informationsplattform beim Bundeskriminalamt
Berichterstattung: Bayern, Baden-Württemberg
9. Künstliche Intelligenz im Strafverfahren
Berichterstattung: Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern
10. Demokratischen Rechtsfrieden schützen
Berichterstattung: Sachsen
11. Studie zur altersbezogenen Entwicklung der Einsichts- und Steuerungsfähigkeit bei Kindern
Berichterstattung: Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein
12. Ersetzung des Begriffs „Zuchtmittel“ im Jugendgerichtsgesetz
Berichterstattung: Thüringen



13. Konzentration der gerichtlichen Zuständigkeit für Unterbringungsanordnungen nach § 63 StGB und § 7 Abs. 2 JGG für Jugendliche und Heranwachsende
Berichterstattung: Brandenburg
14. Schließung von Strafbarkeitslücken bei „Scheinvaterschaften“
Berichterstattung: Berlin, Baden-Württemberg
15. Fortbestehender Reformbedarf im Verkehrsstrafrecht
Berichterstattung: Bayern
16. Quellen-Telekommunikationsüberwachung: Ein wichtiges Ermittlungsinstrument erhalten
Berichterstattung: Niedersachsen
17. Rückwirkender Straferlass
Berichterstattung: Bayern, Baden-Württemberg, Berlin
18. Gerechte Bemessung der Tagessatzhöhe bei Geldstrafen
Berichterstattung: Hamburg
19. Optimierung des Rechts der Vermögensabschöpfung – Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe
Berichterstattung: Bremen, Berlin, Hessen, Niedersachsen
20. Ordnungswidrigkeiten effektiver bekämpfen durch Erleichterung der Einziehung von Taterträgen
Berichterstattung: Berlin



21. Stärkung der Führungsaufsicht
Berichterstattung: Rheinland-Pfalz

22. Stärkung der inhaltlichen Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften
Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen

23. Europäische Staatsanwaltschaft in Deutschland – gesamtstaatliche Finanzierung und stärkere Kostenbeteiligung der EU sicherstellen
Berichterstattung: Hamburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen

24. Jahresbericht 2024 über die Beteiligung der Länder in EU-Angelegenheiten auf dem Gebiet des Strafrechts
Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen, Bayern

25. Beschleunigung der Harmonisierung des deutschen Strafverfahrensrechts mit dem europäischen e-Evidence-Paket
Berichterstattung: Hessen

26. Benennung von drei Mitgliedern des Beirates der Kriminologischen Zentralstelle e. V. (KrimZ)
Berichterstattung: Niedersachsen

27. Strafbarkeit von öffentlichen Aufrufen zur Missachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung
Berichterstattung: Bayern

28. Initiative zur Steigerung der Kommunikationssicherheit im Justizvollzug
Berichterstattung: Baden-Württemberg, Berlin



29. Strafbarkeit der Sabotage des demokratischen Willensbildungsprozesses
Berichterstattung: Berlin

30. Schwangerschaftsabbruch in der Frühphase außerhalb des Strafgesetzbuches
regeln - §§ 218 ff. StGB zeitnah reformieren
Berichterstattung: Sachsen, Hamburg, Niedersachsen

III.

1. Entsendung einer Vertreterin bzw. eines Vertreters der Landesjustizverwaltungen
sowie einer Stellvertretung in das Kuratorium der Stiftung Forum Recht
Berichterstattung: Niedersachsen

2. Entsendung von drei Mitgliedern in das Kuratorium der Deutschen Stiftung für
internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. (IRZ)
Berichterstattung: Niedersachsen

3. Der Wandel der Justiz in Polen
Berichterstattung: BMJ

4. Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen
Berichterstattung: BMJ

5. Gewaltschutz – Einsatz der elektronischen Aufenthaltsüberwachung
Berichterstattung: BMJ

6. Finanzielle Ausstattung der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter
Berichterstattung: Niedersachsen